

Geothermie löst heftige Emotionen aus

Informationsveranstaltung von Gemeinde und GEOenergie Bayern mit Anliegern des vorgesehenen Standorts Bruck

Garching. Von Emotionen beherrscht war eine Informationsveranstaltung zum Geothermie-Projekt in Garching, zu dem die Gemeinde im Namen des Projektbetreibers GEOenergie Bayern die Anlieger des Standorts Bruck in das Gasthaus „Zum Wirtsepperl“ eingeladen hatte. „Warum ein Kraftwerk in Bruck? Baut's das doch nach Garching rein!“ Dieser Zwischenruf eines Teilnehmers, noch bevor GEOenergie-Geschäftsführer Bernhard Gubo seine Ausführungen beginnen konnte, gibt in etwa den Tenor des Abends wieder. Gubo hatte in der Runde auch insofern einen schweren Stand, als er bei der Beantwortung von Fragen immer wieder durch Zwischenrufe unterbrochen wurde.

Interessen der Nachbarn wahren

Die Versammlung sei einberufen worden, um die Interessen der Nachbarn des geplanten Geothermie-Kraftwerks wahren zu können, so der Geschäftsführer. Deren Befürchtungen traten bei der Diskussion klar zutage: Sie befürchteten Schäden an ihren Häusern und Beeinträchtigungen in der Lebensqualität, verursacht beispielsweise durch Mikro-Erdbeben als Folge der Tiefenbohrung, durch Lärmbelastung, durch helles Scheinwerferlicht während der rund einjähri-

gen Bohrzeit, in der auch nachts gearbeitet werde, durch Emissionen des Kühlmittels und daraus resultierende Gesundheits- und Umweltschäden.

Geplant sind in Garching zwei Standorte für Geothermie-Kraftwerke: Bruck und in der Nähe des Industriegebiets Bartlechner. Getragen würden beide Projekt allein von der GEOenergie Bayern, deren Muttergesellschaft ihren Sitz in London habe, so Gubo. Die Gemeinde sei finanziell in beide Vorhaben nicht involviert. Sie hätte aber Interesse, die bei der Verstromung resultierende Restwärme zu übernehmen und über ein Fernwärmenetz zu nutzen, führte Bürgermeister Wolfgang Reichenwallner aus. Ob es wirtschaftlich möglich sei, ein derartiges Fernwärmenetz bei den strukturellen Gegebenheiten Garchings aufzubauen, werde im Vorfeld durch eine Studie geprüft.

Gubo erläuterte, dass in Bruck zwei Bohrungen in eine Tiefe von 3800 Meter vorgesehen seien. Erwartet werde 128 bis 130 Grad heißes Wasser. Geplant sei eine Förderung von 150 l/sec. Die Bohrung sei mit neun bis zwölf Monaten kalkuliert und solle im Sommer nächsten Jahres beginnen.

Eine erste Auseinandersetzung gab es zum Einsatz des für den Kraftwerksbetrieb vorgesehenen Kühlmittels. Gubo führte für das geplante Kraftwerk in Kirchweidach als Kühlmittel R507A ins Feld, das nicht explosiv, nicht

brennbar und nicht toxisch sei. Er konnte jedoch noch keine Auskunft über das für Garching vorgesehene Kühlmittel geben, da diese Werke noch nicht geplant seien. Ein Besucher empörte sich über diese Unkenntnis und nannte als Gegenbeispiel für ein mögliches Kühlmittel R143A, das hochentzündlich, hochexplosiv und toxisch sei. Er sah hier ein besonderes Gefährdungspotenzial in Verbindung mit der geplanten B-299-Umgehung, wegen der der vorgesehenen Bohrpunkt nochmals etwas verschoben werden musste und durch die die Anlieger ebenfalls eine Belästigung befürchteten – zusätzlich zum geplanten Kraftwerk.

Weiterentwicklung bei Arbeitsstoffen

Wie Gubo auf Nachfrage des *Anzeigers* erläutert, könne aus Gründen der Effektivitätssteigerung des Kraftwerks auch ein anderes Mittel als in Kirchweidach zum Einsatz kommen, denn es würden immer neue Arbeitsstoffe entwickelt und der Entwicklungsstand zum Zeitpunkt des Kraftwerksbaus sei jetzt noch nicht absehbar. „Wir werden selbstverständlich darauf achten, dass es zu keiner Gefährdung kommt.“ Auf R143A angesprochen, sagt Gubo: „Wir wollen's nicht nehmen.“ Nach Auskunft des Geschäftsführers werde am Standort kein Kälte-

mittel gelagert, sondern im Bedarfsfall angeliefert.

Befürchtungen äußerten die Anwohner auch hinsichtlich der Lärmbelastung durch am Kraftwerk laufende Lüfter. Gubo sagte zu, sich zu erkundigen, wo der nächste Standort baugleicher Lüfter sei, über deren Lärmentwicklung man sich dann im Betrieb informieren könne. Sollte die Lärmemission in Bruck zu groß sein, würde das Landratsamt Kontrollmessungen durchführen. Bestätigen diese eine zu hohe Emission, so Gubo, sei seine Firma gehalten, Abhilfe zu schaffen oder den Betrieb einzustellen. Derzeit sei die Lärmemission im Rahmen eines Gutachtens festgestellt und liege unterhalb der zulässigen Grenzwerte. Da diese Berechnung im Zuhörerkreis angezweifelt wurde, schlug Gubo vor, die Anlieger könnten ein Gegengutachten erstellen lassen.

Für mögliche Gebäudeschäden, die Gubo für unwahrscheinlich hielt, versicherte er, dass die GEOenergie als Bergwerkbetreiber die Beweislast trage und dass das Unternehmen entsprechend versichert sei. Er stimmte auch vorbehaltlos dem Vorschlag zu, die Häuser im Vorfeld zu fotografieren, um spätere Schäden als Folge des Geothermie-Projekts feststellen zu können. Im späteren Verlauf des Abends war auch von Gutachten anstelle von Fotos die Rede. Bernhard Gubo sicherte die Beantwortung aller noch offen gebliebenen Fragen zu und zeigte sich aufge-

schlossen für jegliche Anregung aus der Bürgerschaft, die zur Verbesserung der Situation für die Anlieger während der Bohrzeit und beim Kraftwerksbetrieb beitragen könne. „Wenn Sie Ideen haben, die pragmatisch sind, bitte kommen Sie auf mich zu“, so Gubo.

Eine rein thermische Nutzung des Tiefenwassers, die von den Anliegern vorgeschlagen wurde, „rechnet sich für die Bürger in 100 Jahren nicht“, sagte Bürgermeister Reichenwallner. In diesem Zusammenhang wurde seitens der Anlieger immer wieder von geplanten Gewächshäusern gesprochen, für die die Abwärme genutzt werden solle.

Ablehnung aus vier Gründen

Ihre Ablehnung des Geothermie-Projekts fassten die Anlieger in vier Punkte: der Schutz Betroffener sei völlig unzureichend, es sei ein weiterer Schritt zur Zerstörung der Alzauen, die Energiegewinnung trage zur Verteuerung der Strompreise bei und bei Umsetzung des Projekts gebe es einen Gewinner und zahlreiche Verlierer. Die Vorteile der Geothermie stellte Gubo auf Nachfrage so dar: wetterunabhängig, kein Flächenverbrauch, Einsparung von Primärenergieträgern und Gewerbesteuer für die Standortgemeinde. (Siehe auch Bericht S. 18) – fb